

Kreistag des Landkreises Altenburger Land
Kreisausschuss

Niederschrift

KA/037/2022

der 37. Sitzung des Kreisausschusses - **öffentlicher Teil** - am Montag, dem 30.05.2022, im Landratsamt Altenburger Land, Lindenaustraße 9, 04600 Altenburg, Landschaftssaal

Anwesenheit:

hauptamtl. Beigeordneter

Bergmann, Matthias

in Vertretung für Herrn Melzer

CDU/FDP-Fraktion

Greunke, Marcel

Zippel, Christoph

Vertretung für Herrn Frank Tanzmann

AfD-Kreistagsfraktion

Rudy, Thomas

SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Paulicks, Alexander

ab 16:05 Uhr anwesend

Fraktion DIE LINKE. Altenburger Land

Tempel, Frank

Schriftführung

Gabler, Kerstin

weitere Teilnehmer

Ulbricht, Mirko

Entschuldigt:

Landrat

Melzer, Uwe

CDU/FDP-Fraktion

Tanzmann, Frank

Fraktion DIE REGIONALEN

Liefländer, Klaus-Peter

Vorsitz: Matthias Bergmann

Schriftführung: Kerstin Gabler

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Ende der Sitzung: 16:40 Uhr

Verlauf der Sitzung:

Der Hauptamtliche Beigeordnete Herr Bergmann, eröffnet die 37. Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und Beschlussfähigkeit besteht. Die folgende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnung:**Drucksachen Nr.**

- 1 Informationen, Allgemeines
 - 2 Genehmigung der Niederschrift über die 35. Sitzung vom 4. April 2022
 - 3 Genehmigung der Niederschrift über die 36. Sitzung vom 25. April 2022
- Unterbrechung zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils*
- 4 Beschluss zur Vergabe von Lieferleistungen > 50.000 Euro, V-KA/0049/2022 nö SV-L 023-2022-1 Schulen Landkreis, Los 1 - Miete inkl. Wartung Kopierer A3 mit Kostenstellenverwaltung

TOP 1 Informationen, Allgemeines

Herr Bergmann informiert, dass gegenwärtig durch die Verwaltung ein Lagebericht zur Situation der Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine zusammengestellt wird. Dieser gebe einen Einblick, was in den letzten Monaten alles erfolgt ist. Sobald dieser Bericht eine gewisse Qualität erreicht, erhalten die Mitglieder des Kreistages diesen zur Kenntnis.

Herr Bergmann berichtet, dass die Erstaufnahme über ehrenamtliche Strukturen realisiert wird. Die Gemeinde Ponitz habe begonnen und über ca. 5 Wochen die Erstaufnahme organisiert. Anschließend haben diese Aufgabe Ehrenamtliche in Treben, Zechau und Nöbdenitz übernommen. Es habe sich schnell gezeigt, dass die Zusatzaufgabe darin bestand, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, Menschen aufzunehmen. Dies hänge mit dem relativ unzuverlässigen Ankunfts-geschehen zusammen. Zum einen gebe es die Ankunft der Bundesbusse, die entweder gar nicht kommen oder mit nur wenigen Menschen besetzt sind. Die Aufnahmeeinrichtung werde dafür „hochgefahren“, alle in stand by versetzt und dann komme niemand. Zum anderen gebe es die privat organisierten Ankünfte. Es hat sich gezeigt, dass die ehrenamtlichen Strukturen überfordert waren, auch Einzelankünfte aufzunehmen.

Deshalb gebe es seit dem 24. April 2022 als Erstaufnahmeeinrichtung die Pierer-Schule. Dort gebe es auch die Möglichkeit, Teile der Schule mit zu nutzen, u. a. die Aula und die Toilettenanlagen. Die Schulleitung und auch die Hausmeister seien sehr verständnisvoll und kooperativ. Die Betreuung erfolge durch die Caritas, mit denen gebe es einen Vertrag. Es seien Feldbetten-Strukturen; die Kapazität liege bei 80 Personen. Es könne im Moment nur sehr schwer eingeschätzt werden, ob die Kapazität der Pierer-Schule für die nächsten Monate ausreichend sein wird. Aus diesem Grund werde eine weitere Erstaufnahmeeinrichtung in stand by-Modus gesetzt. Der Betreiber werde dann die Innova sein, ähnlich dem Modell in der Pierer-Schule.

Herr Zippel hat eine Nachfrage zu den Ausführungen von Herrn Bergmann.

Es habe von dem Altenburger Verein „Ukraine-Hilfe“ die eine oder andere kritische Bemerkung gegenüber dem LRA gegeben und gegenüber der Kooperation von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Diesbezüglich gebe es „Reibungsverluste“. Er bittet Herrn Bergmann, sich diesbezüglich nochmals zu äußern, woran dies aus Sicht des LRA liegen könnte.

Herr Bergmann führt aus, dass es nach Wahrnehmung der Verwaltung anfangs eine sehr gute Kommunikation nicht nur mit der Ukraine-Hilfe, sondern mit allen freien Trägern gegeben habe. Man habe sich regelmäßig getroffen und abgestimmt. Es habe dann eine Zeit gegeben, in der Einzelne, die sich dem Verein Ukraine-Hilfe zurechnen, einen sehr idealisierten Aktionsanspruch entwickelt haben.

Dies habe dazu geführt, dass auch die Bereitschaft der Verwaltung zu einer offenen Kommunikation etwas gelitten habe. Es habe viele Versuche gegeben, die Wogen wie-

der zu glätten und mit den meisten Akteuren gelinge dies auch. Kurzfristig werde er mit dem neuen Vereinsvorsitzenden nochmals ins Gespräch kommen.

Herr Tempel meldet sich zu Wort, um ein anderes Thema anzukündigen, welches er auch nicht allein in Angriff nehmen möchte, sondern er suche dafür Verbündete bei anderen Fraktionen und in der Verwaltung. Es gehe um die Radwege im Landkreis. Es habe bereits mehrere Termine gegeben, auch im Ministerium. Der Bund habe mehr Geld, auch für Alltagsradwege, zur Verfügung gestellt. Das Land sei in die Aufgaben involviert und müsse den Bedarf prüfen, aber angemeldet werden muss der Bedarf von den Kommunen – von Landkreisen oder Gemeinden. Aus unserer Region sei nicht viel angemeldet. Es werde zwar immer viel über touristische Radwege geredet; um diese gehe es aber nicht. Er nehme wahr, dass mehr Menschen mit dem Rad zur Arbeit fahren, teilweise seien die Umstände entlang der Bundesstraße katastrophal, z. B. auf der Strecke Altenburg-Lehndorf. Keine Kommune fühle sich im Einzelnen zuständig. Er bekomme immer mehr Anfragen von Menschen mit der Bitte, sich um die Radwege zu kümmern. Es gehe darum, Bahnhöfe, Einkaufsmöglichkeiten oder Arztpraxen zu erreichen und das Auto stehen lassen zu können.

Es bestehe ein katastrophaler Flickenteppich, was die Alltagsradwege/Nutzradwege angeht. Er regt an, zunächst eine Erfassung vorzunehmen und er wird diesbezüglich auch nachfragen. Vielleicht kommt es zu einem gemeinsamen Handeln der Fraktionen und es wird eine Strategie gefunden, wie der Landkreis in Zukunft agieren kann. Handlungsbedarf sei vorhanden.

Herr Bergmann bedankt sich für den Hinweis. Er habe von dem Förderprogramm schon gehört. In Thüringen gebe es den Knackpunkt, dass ein Nachweis über eine bestimmte Frequenzierung pro Tag geführt werden muss. Eine Zahl, die im Großstadtbereich bequem zu erreichen, aber im ländlichen Raum problematisch ist.

Herr Tempel ergänzt, dass die zuständige Ministerin bereits von Herrn Bürgermeister Läbe eingeladen worden ist. Das Thema wurde bereits diskutiert. Es gebe durchaus Möglichkeiten. Es müsse nur angemeldet werden.

Herr Bergmann nimmt das Thema mit und wird eine Abfrage in der Verwaltung durchführen.

Herr Rudy hat eine weitere Frage zur Ukraine-Situation. Er bezieht sich auf einige kritische Themen in der Zeitung, was die Wohnraumbelastung mit Ukraine-Flüchtlings und die Kommunikation mit den Vermietern betrifft. Er berichtet, dass die Vermieter, die dem LRA ihre freien Wohnungen gemeldet haben, oftmals keine Antwort bekommen. Er schildert eigene Erfahrungen.

Diesbezüglich müsse geschaut werden, dass es besser läuft, vor allem was die Kommunikation mit dem Vermieter betrifft.

Herr Bergmann führt aus, dass die Vorlaufzeit, um diese Aufgabe zu erledigen, sehr kurz war. Problematisch sei auch die Personalsituation gewesen; damit einhergehend auch die Raumsituation für die zusätzlichen Mitarbeiter.

Hinzu komme, dass der Aufbau der Strukturen viel langsamer voranging, als es hätte sein müssen. Dieses Problem habe man aber eingedämmt. Das Problem sei schwierig zu händeln, weil es in Thüringen keine Wohnsitzauflage gibt. Vor diesem Hintergrund wurden natürlich die Wohnungen durch die Verwaltungsmitarbeiter auch in Augenschein genommen. Dabei sei festgestellt worden, dass das Verständnis der Vermieter zu der in Thüringen ausschließlich zulässigen öffentlich-rechtlichen Unterbringung nicht gegeben und auch nicht bekannt war. Die öffentlich-rechtliche Unterbringung habe viele Vermieter auch abgeschreckt. Das habe die Verwaltung dazu bewogen, sich zunächst auf die Angebote der Wohnungsgesellschaften zu konzentrieren und auf die Mietmög-

lichkeiten im Umfeld der Erstaufnahmeeinrichtung. Berücksichtigt werden müsse auch, dass den Menschen die Möglichkeit der Community-Bildung gegeben werden müsse, d. h. ein Wohnblock mit mehreren Wohnungen sei eine gute Sache, da die Schutzsuchenden sich dann auch untereinander helfen können.

All das habe dazu geführt, dass sich der Unmut der Vermieter gemehrt hat und die Beschwerden zugenommen haben.

Jetzt komme der Rechtskreiswechsel hinzu und dies führe dazu, dass neben der öffentlich-rechtlichen Unterbringung die Menschen sich auch eine eigene Wohnung nehmen können.

Die Kritik von Herrn Rudy sei berechtigt. Er habe versucht zu erklären, wie es dazu gekommen ist.

Herr Rudy wiederholt, er habe sich nur gewundert, weil er von der Verwaltung nichts gehört hat. Mit drei Ukrainern musste er vor kurzem zum Sozialamt, weil das Job-Center erst ab 1.6.2022 zuständig ist und weil die Ukrainer für eine Kontoeröffnung eine Fiktionsbescheinigung brauchen.

Dem widerspricht Herr Bergmann. Für eine Kontoeröffnung werde ein biometrischer Pass benötigt. Es gebe aber auch einzelne Fälle, wo dies nicht funktioniert. Auf jeden Fall gebe es eine offizielle Dokumentation der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen), die die Vorgehensweise genauso beschreibt. Rein vom Rechtlichen her stehe fast jedem ein Bankkonto zu, der einen biometrischen Pass vorlegt.

Weitere Nachfragen werden keine gestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 35. Sitzung vom 4. April 2022

Abstimmungsergebnis:

Von den 7 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 36. Sitzung vom 25. April 2022

Abstimmungsergebnis:

Von den 7 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.

Die o. g. Niederschrift wurde mit 5 Ja-Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

Die öffentliche Sitzung wird zur Durchführung des nicht öffentlichen Sitzungsteils von 16:35 Uhr bis 16:38 Uhr unterbrochen.

V-KA/0049/2022 nö

TOP 4 Beschluss zur Vergabe von Lieferleistungen > 50.000 Euro, SV-L 023-2022-1 Schulen Landkreis, Los 1 - Miete inkl. Wartung Kopierer A3 mit Kostenstellenverwaltung

Der Vorsitzende Herr Bergmann verliest den Beschlussvorschlag.

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Beschluss Nr. 47:

Der Kreisausschuss beschließt, den Auftrag für Los 1 - Miete inkl. Wartung Kopierer A3 mit Kostenstellenverwaltung für Schulen des Landkreises Altenburger Land der Firma

**Bietergemeinschaft CTV GmbH Zwickau /
MLF Mercator-Leasing GmbH & Co. Finanz KG
Bevollmächtigter Vertreter
CTV Computer Technik Vertriebs GmbH Zwickau
Geschäftsführer Herr Andreas Fehervari
Gewerbering 22
08112 Wilkau-Haßlau**

auf das Angebot vom 27.04.2022 mit einer Bruttoauftragssumme in Höhe von **80.250,74 Euro** zu erteilen.

Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 01.09.2022 und endet am 31.08.2026.

Abstimmungsergebnis:

Von den 7 beschließenden Mitgliedern des Kreisausschusses waren zur Abstimmung 6 Mitglieder anwesend.

Der Beschluss wurde einstimmig mit 6 Ja-Stimmen gefasst.

Altenburg, den 7. Juni 2022

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Matthias Bergmann
Stellv. Ausschussvorsitzender

Kerstin Gabler
Büro des Kreistages